

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig
Stamm Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Reichsregierung, des Reichsgerichts, des Reichsanwaltschafts beim Reichsgericht und des Reichs der Stadt Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptzollamts Leipzig.

Postfachkonto: Dresden 1280
Stroß Nr. 22.

Nr. 89.

Mittwoch, 16. Februar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Spätdruck gegen Voreinsendung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Anzeigen, Redaktionen, Geschäftsstellen, Verlegungen der Adresse und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 20 Pfennig; die 20 mm breite Restzeile 100 Pfennig. Zusätzliche Zeilen und tabellarischer Satz 20 Pfennig. Letzte Zeile 10 Pfennig. Bei längerer Werbung wird ein besonderer Preis vereinbart. Die Anzeigen sind zu bringen an den Verlag. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger außergewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Leipzig. Geschäftsstelle: Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Leipzig. Für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Leipzig.

Paris rückt mit der Sprache heraus.

Bisher war es unmöglich, die wahren Gedanken der Pariser Politiker gegen eine „rechtzeitige“ Rheinlandräumung zu erfahren. Man hätte sich in Stillschweigen um Deutschland erst einmal zur Sprache kommen zu lassen und von ihm zu hören, wie es sich die Lösung des Räumungsproblems denke, und welche Konzeptionen es bereit sei, dafür an Frankreich heranzutreten. Es geht mit zu den Erwartungen des Reiches, daß die Deutschland ausgebrochenen Verträge aus dem Vertrag der Räumung noch einen besonderen Kaufpreis bedingen, der oft über das Maß des wirklichen Gegenwertes hinausgeht.

Man spricht in unterrichteten Kreisen von einem deutschen, schriftlich formulierten Räumungsvertrag, der dem Kabinett Boncompagni durch den Botschafter von Doehring förmlich überreicht sein soll. Von amtlicher Seite wurde diese Nachricht bisher nicht bestätigt, aber die Politiker wollen aus der immer stärker hervortretenden Aussprache über die Räumung in der französischen Presse die Beziehungen zwischen dem deutschen Vorschlag und der Ansicht der französischen Regierung herleiten. Der „Temps“ wertet als erste einflussreiche französische Zeitung den Schleier und gibt die Garantien bekannt, unter denen Frankreich sich bereitfinden würde, in eine vorzeitige Räumung der Rheinlande einzustimmen. Die deutsche Kritik an den französischen Vorschlägen fällt vernehmlich aus, denn wieder steht an der Spitze der Forderungen Frankreichs die Einrichtung einer ständigen Kontrolle, und zwar diesmal über das deutsche Eisenbahnenwesen. Diese Garantie, die der französische Generalstab von der Regierung als Konzeption für die Aufnahme der Verhandlungen mit Deutschland verlangt hat, würde den unerbittlichen Militärischen Frankreichs genügen, um bei einem Angriffskrieg Deutschlands überlegen zu sein. Es genügt also nicht mehr die internationale Zusammenlegung des Verwaltungsvertrages der Reichsbahnverwaltung, es genügt nicht mehr die freiwillige Übergabe der Eisenbahnen, sondern die Verpflichtung deutscher Staatsmänner, die Verträge einzuhalten, auch nicht die diplomatischen Vertreter, denen überall der Einfluß in die Reichsämter und sonstigen öffentlichen Institutionen jederseitig möglich ist, sondern es muß noch eine besondere Stelle eingerichtet werden, die sich lediglich — trotz ausdrücklich — der Spionage widmen soll. Das Reichskabinett hat vor der Abberufung der Interalliierten Kontrollkommission bei den langen Auseinandersetzungen mit den Kontrollmächten und der Botschafterkonferenz darauf hingewiesen, daß künftig nach der völligen Entlassung des Reiches eine ständige Kontrolle des gesamtdeutschen Reiches oder eines Landes teiles gar nicht in Betracht gezogen werden könne, und darum wird die Ablehnung einer Kontrolle über das deutsche Eisenbahnenwesen in gleicher Schärfe und Unabweisbarkeit erfolgen.

Die zweite französische Forderung, die sich nach dem „Temps“ auf die Reparationszahlungen bezieht, ist ebenfalls für die Hinauszögerung der Räumungsverhandlungen in keiner Weise stichhaltig. Immer wieder geht aus den Presseäußerungen hervor, daß vor dem Jahre 1930 Frankreich nicht genügend gerüstet zu sein glaubt, um Deutschland sein Recht in den besetzten Gebieten wieder zurückzuerhalten. Bis zu diesem Jahre sollen auch die Neubauten französischer Festungen an der deutschen Grenze fertiggestellt sein und von vornherein jeden Angriff Deutschlands vereiteln. Ueber die weiteren allgemeinen politischen-moralischen Garantien drückt sich der Mitarbeiter des „Temps“ so unbestimmt aus, daß man auch dahinter noch weitere Forderungen an Deutschland vermuten darf, die mit dem Rheinlandproblem im Zusammenhang stehen. Für Deutschland gibt es nur eine Antwort auf diese Herausforderung: diese Forderungen sind und bleiben unannehmbar und jede Diskussion darüber ist zwecklos.

Chinesischer Protest beim Völkerbund.

Genf. Der chinesische Gesandte, Chang Hsueh, der hiesige Delegierte im Völkerbund und Mitglied des Völkerbundsrats hat einen ungewöhnlichen Schritt unternommen. Er hat an die Pressevertreter eine schriftliche Mitteilung gegeben, die eine Antwort auf die Note Chamberlains an den Generalsekretär des Völkerbunds darstellt. Es heißt in dieser Mitteilung:

Ich verurteile natürlich auf das Schärfste die Entlassung britischer Truppen nach China. Wir haben mit Sicherheit, daß England 1000 Mann Truppen, Artillerie, Luftschiffe und Flugzeuge nach China schickte. Die Entlassung einer solchen Streitmacht kann nicht nur chinesischen Interessen dienen. Das ist eine beweislose Demonstration, von der man nicht glaubt, daß sie China schaden wird. Dann es jemand geben, der ernstlich glaubt, daß diese Aktion mit dem Gedanken des Völkerbunds übereinstimmt? In der Note Chamberlains, daß die 400 Millionen Chinesen, welche die Chinesische Souveränität verlieren, niemals der Befreiung gewillt werden. Ich muß sagen, daß die Chinesen trotz allem Friedenliebhaber sind.

Es wird überdies, daß Shanghai nicht einseitig von den Briten besetzt werden darf. Wenn die Souveränität der fremden Streitkräfte zu Bewilligungen führen sollte, wird die Verantwortung über nicht auf China fallen.

Polens Antwort auf die deutsche Note.

Die polnische Handelsvertragsdelegation verläßt Berlin.

Polen heuchelt Überraschung.

(Berlin, 15. Februar. Der Vorsitzende der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat im Auswärtigen Amt folgende Note überreicht:

Herr Bevollmächtigter!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Schreiben vom 12. Februar 1927 zu bekräftigen und gleichzeitig Ihnen mitzuteilen, daß die polnische Regierung den Beschluß der Reichsregierung betr. die Unterbrechung der in Berlin geführten Verhandlungen, zur Kenntnis genommen hat.

Da die mir durch Sie, Herr Bevollmächtigter, mitgeteilten Gründe für den Beschluß der deutschen Regierung über den Bereich der Handelsvertragsverhandlungen hinreichend, erachte ich es als für mich unbillig, in Erwiderung bezüglich dieser Frage einzutreten. Ich sehe mich jedoch veranlaßt, festzustellen, daß nach Auffassung meiner Regierung die Unterbrechung der in Berlin geführten Verhandlungen keineswegs geboten war, vielmehr nach der Überzeugung der polnischen Regierung die wirtschaftliche Verhandlung zwischen den beiden Ländern nur erweiteren und verzögern kann.

Bei dieser Gelegenheit sehe ich mich weiter veranlaßt, festzustellen, daß die polnische Regierung durch die deutsch-polnischen im letzten Augenblick erfolgte einseitige Abgabe der Kommissionsarbeiten peinlich überrascht worden ist.

In Anbetracht des erwähnten Beschlusses der deutschen Regierung habe ich die Ehre, Ihnen, Herr Bevollmächtigter, mitzuteilen, daß gemäß den von meiner Regierung erhaltenen Instruktionen die polnische Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen Berlin verläßt, ohne jedoch die Hoffnung aufzugeben, daß die deutsche Regierung künftighin nicht gewillt sein wird, durch ihre

Die Mitteilung hebt denn mit besonderem Nachdruck hervor, daß die schnelle öffentliche Meinung mit den Erklärungen der amtlichen Opposition übereinstimmt und schließt mit folgenden Worten: Es wurde von mancher Seite angedeutet, daß sich der Völkerbund mit diesem internationalen Streitfall befassen sollte. Es wurde hierbei mein Recht betritten, im Namen des ganzen chinesischen Reiches zu sprechen. Ich erkläre hiermit, daß ich in dieser Angelegenheit das ganze chinesische Reich zu vertreten berechtigt bin. Mein Reich ist vollständig. Hinter mir stehen 400 Millionen Chinesen des Nordens sowohl wie des Südens, die Jungen wie die Alten. Wir Chinesen haben innerhalb unseres Volkes Differenzen, aber in der internationalen Angelegenheit, die jetzt unsere Souveränität und Unabhängigkeit berührt, sind wir einig.

Wird Süß Innenminister?

Ablehnung durch die Aufwertungspartei.

Dresden, 15. Febr. Dem Telex- und Postdienst wird aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt: Der bisherige sächsische Innenminister Dr. Dehne ist am 15. Februar von seinem Amt zurückgetreten. Dr. Süß hielt sich heute im Landtag auf und verhandelte mit verschiedenen Parteien. Die wir erfahren, hat eine weitere interfraktionelle Besprechung die Lage nicht gefördert, da die Aufwertungspartei bei ihrer ablehnenden Haltung verharret. Es wird auf die demokratische Fraktion ankommen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Am Donnerstag dürfte die Entscheidung zu erwarten sein.

Von der Aufwertungspartei geht aus hierzu folgende Stellungnahme zu: Die Reichspartei für Volkswirtschaft und Aufwertung hat in der heutigen interfraktionellen Besprechung, die sich wieder mit der Ernennung des Reichsinnenministers a. D. Dr. Süß zum sächsischen Innenminister beschäftigte, abermals eine Erklärung ab, daß Herr Dr. Süß aus den schon früher angeführten Gründen als sächsischer Innenminister untragbar ist.

Abschied Dr. Dehne von seinen Kollegen.

Dresden. Der Minister des Innern Dr. Dehne verabschiedete sich von der Beamtenschaft seines Ministeriums. In einer besonders herzlichen Ansprache brachte er zum Ausdruck, daß dieser Abschied für ihn nach menschlichem Ermessen zugleich der Abschied aus dem öffentlichen Dienst überhaupt bedeute, denn er in Staat und Gemeinde 30 Jahre angehöret habe. Es sei ihm außerordentlich Bedauern über die damit verbundenen, daß die sächsische Beamtenschaft, so verschieden sie auch politisch eingestellt sein möge, nach seinen langjährigen Erfahrungen treu und loyal dem Allgemeinwohl diene.

Ministerialrat Dr. Schwabe dankte namens der Beamtenschaft dem scheidenden Minister für seine von freundschaftlicher Stimmung getragenen Worte und sprach das Verlangen aus, daß die Beamtenschaft in derselben Weise wie bisher im Staatsdienst arbeiten werde. Er schloß die Ansprache mit der Bitte, daß der Minister für Wohlwollen auch Verständnis in seiner parlamentarischen Tätigkeit erhalten möge.

Stellungnahme den Wiederbeginn der Handelsvertragsverhandlungen zu bekräftigen. Genehmigen Sie usw. gez. Pradzyński.

Die polnische Handelsdelegation ist um 2 Uhr offiziell ausgereist. Sie verläßt zum Teil heute, zum Teil morgen Berlin.

Der Eindruck in Berlin.

Berlin. Die Antwort des Führers der polnischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen an den deutschen Bevollmächtigten, Staatssekretär Ewald, wird in Berliner diplomatischen Kreisen nicht als eine Verhärterung der Lage angesehen, da sie den Weg zu den von Deutschland angeregten diplomatischen Verhandlungen über die Ausweisungfrage offen läßt. Wenn die Note erklärt, daß die Ausweisungfrage außerhalb des Bereiches der Niederlassungsverhandlungen liegt, so steht dem gegenüber die Tatsache, daß der polnische Außenminister in seiner letzten Rede, sowie der polnische Delegierte Diamand vor einigen Tagen im Vorworts den Standpunkt vertreten haben, man möge die Verhandlungen über die Ausweisung fortsetzen, um in der Niederlassungsfrage zu einer Einigung zu kommen. In Berliner diplomatischen Kreisen erwartet man, daß die polnische Regierung selbst zu der deutschen Anregung Stellung nehmen wird und gibt sich der Hoffnung hin, daß die diplomatischen Verhandlungen über die Ausweisungfrage in Paris in Fluß kommen.

Wenn übrigens die Note des polnischen Bevollmächtigten davon spricht, daß die polnische Delegation die deutsche Seite im letzten Augenblick erfolgte Abgabe der Kommissionsarbeiten in Berlin peinlich überrascht worden sei, so weist man demgegenüber darauf hin, daß man von polnischer Seite oft genug Schwingen im letzten Augenblick aus irgendwelchen Gründen abgesehen hat.

Der Sporerbund an die Reichsregierung.

Das Reichsfinanzministerium hat eine neue Reichsanleihe aufgenommen. Dieser Weg der Finanzierung ist an sich durchaus zu billigen und vor allem der Aufnahme von Auslandsanleihen sowie auch die Aufnahme von Krediten bei der Reichsbank entschieden vorzuziehen. Wenn das Reich aber besonders an das Vertrauen der deutschen Sporer angewiesen ist, muß es in erster Linie die unerlässliche Voraussetzung der Wiedererregung dieses Vertrauens erfüllen: Es muß die alten Reichsanleihen in gerechterer Weise anwerten als dies in den Gesetzen vom Juli 1925 geschehen ist. Der Sporerbund, Berlin SW. 68, Wilhelmstraße 40 II, richtet deshalb im Namen von Hunderttausenden deutscher Sporer an die Reichsregierung, an den Reichsrat und an den Reichstag die dringende Bitte, sich der früher gemachten Versprechen zu erinnern und eine gerechtere Anleihe der Reichsanleihen im Sinne der Vorschläge des Sporerbundes durchzuführen.

Deutschland und die Chinatrife.

In England machte sich in den letzten Wochen eine Unruhe über die deutsche Haltung in der kommenden Rückführung des Völkerbundes vorzubringen. Ganz abgesehen davon, daß Deutschland nach dem Kriege an der Entwicklung der chinesischen Verhältnisse gänzlich uninteressiert ist, genügt es schon, das Abwegige dieser Befürchtungen durch den Hinweis auf die weltpolitische Wichtigkeit des Reiches hinreichend zu kennzeichnen. Nichtsdestoweniger hört man, daß die deutsche Regierung die diplomatischen Vertreter in den Staaten, die an den Wirren in China unmittelbar interessiert sind, beauftragt hat, den fraglichen Regierungen offiziell mitzuteilen, daß Deutschland in dem Streit zwischen China und den Washingtoner Mächten eine völlige neutrale Stellungnahme einzunehmen gedenkt. Die Tatsache, daß bei den chinesischen Truppen öfters deutsche Waffen vorgefunden werden, wird von deutscher Seite nicht abgestritten. Aber die Reichsregierung legt auf die Festhaltung Wert, daß es sich um Waffen handelt, die schon vor Jahren auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen meist zu Schleuderprojekten an nicht deutsche Käufer verkauft worden sind.

Kauf englischer Truppen in Shanghai.

Shanghai. (Funkpruch.) 2 Bataillone indischer Infanterie sind gestern hier eingetroffen.

Der englische Befehlshaber auf der Reise nach Shanghai.

Colombo. (Funkpruch.) Der Befehlshaber der Verteidigungstruppen für Schanghai trat am Vord eines Dampfers hier ein. Er wird morgen die Reise fortsetzen.